



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484  
FAX: (030) 227 – 76992  
E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)  
Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Berlin, den 10. April 2006

**Anlässlich eines Pressegespräches zum Thema „Lebenslanges Lernen“ erklären Uwe Schummer MdB, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Berufliche Bildung, und Tim A. Küsters, RCDS-Bundesvorsitzender:**

In der Koalitionsvereinbarung ist das Thema Lebenslanges Lernen als Schwerpunktaufgabe dieser Legislaturperiode benannt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen gestoppt wurde. Sie ist Antreiber und Gestalter eines Konzeptes für das Lebenslange Lernen.

Die PISA-Studien in den letzten Jahren zeigen, dass Deutschland besser werden muss. Dabei sehen wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Notwendig ist eine Bildungslandschaft, die Offenheit und Flexibilität zwischen den Bildungssystemen sicherstellt.

Auch bei Akademikern ist eine stärkere berufsorientierte Ausbildung sinnvoll. Das Studium selbst ist stärker berufsorientiert zu gliedern, die Hochschulen sind stärker mit der Arbeitswelt zu vernetzen. Berufsorientierte Lehrpläne und verstärkte Partnerschaften zwischen Hochschulen und Wirtschaft sind sinnvoller als jahrelange unentgeltliche Praktika. Roman Herzog: „Die Frage ist nicht, was noch zusätzlich in die Lehr- und Studienpläne aufgenommen werden sollte, sondern was heraus genommen und auf den Weg des Lebenslangen Lernens verwiesen werden kann.“ Roman Herzog. „Wie der Ruck gelingt“, dva 2005.

**Im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften...**

... ist auch nach der Beendigung der akademischen oder beruflichen Qualifizierung die Chance zu vermitteln, Lebenslanges Lernen zu organisieren. Wir begrüßen, dass erstmals die Kompetenz für berufliche Bildung und Weiterbildung im Bildungsministerium des Bundes gebündelt wurde. Wir brauchen eine Vernetzung von Aus- und Weiterbildung.

**PRESEMITTEILUNG**

Dies gilt für die Umsetzung der Berufsbildungsreform mit der stufenweisen Organisation von Berufsbildern und der beruflichen Ausbildung. Hierbei ist auch die Möglichkeit zu schaffen, dass nach einer Grundausbildung in der ersten Stufe die zweite Stufe über Ausbildungsmodulare im Bereich der Weiterbildung nachgearbeitet werden kann. Die qualifizierte Stufenausbildung schafft durch Zwischenabschlüsse einen Einstiegskorridor für praktisch Begabte und verbindet unser Berufsprinzip mit der europäisch geforderten Modularisierung im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Berufsbilder sind verstärkt nach erworbenen Kompetenzen zu gliedern. Unabhängig davon, ob diese Kompetenzen über eine berufliche oder eine schulische Bildung erreicht wurden. Notwendig ist eine höhere Vernetzung, die vom Meisterbrief bis zur Hochschule reicht. Im Gegenzug sind Berufskollegs und die berufliche Qualifizierung für Studienabbrecher stärker zu öffnen.

Bildungszeiten können verkürzt werden, wenn immer wieder neue Phasen des Lernens während der beruflichen Praxis möglich sind. Weiterbildung ist keine Reparaturwerkstatt, die allein Defizite der Bildung kompensiert; sie muss der systematischen Wissensentwicklung dienen.

Bisher ist die berufliche Weiterbildung ein Instrument der Arbeitslosenversicherung. Im Kern ging es bei der Schaffung des Arbeitslosengesetzes 1967 in der Großen Koalition darum, dass Arbeitslose fit gemacht werden, um sie wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Heute ist lebenslanges Lernen und berufliche Weiterbildung eine permanente Aufgabe aller Beschäftigten. Dies kann die Arbeitslosenversicherung über die Lohnzusatzkosten nicht mehr finanziell schultern.

Deshalb ist wichtig, dass Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung aus Steuermitteln finanziert werden. Des gleichen ist wichtig, dass nach dem Nutznießerprinzip verstärkt Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Chance einer Selbstfinanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen erhalten.

*Wir sehen hierfür folgende Ansätze:*

- **Bildungsguthaben** von Kindern sind steuerlich bis zu einem Betrag von 5.000 Euro freizustellen und vor einem Rückgriff für Sozialtransfers zu schützen.
- Das Vermögensbeteiligungsgesetz, mit dem bisher Bausparen und Produktivsparen gefördert wird. Sinnvoll ist die Schaffung einer dritten Säule, des **Bildungssparens**, die mit den anderen beiden Säulen eigenverantwortlich kombiniert werden kann. Es ist richtig, die sinnvoll erkannten Elemente der Vermögensbildung zusammen zu fassen und aufeinander abzustimmen. Es kann dann der Einzelne in seiner Lebenssituation entscheiden, mit welchen Kombinationen er jeweils Vermögensbildung und Bildungssparen kombiniert.

- Es ist nach dem Vorbild der Studienkredite auch ein **Weiterbildungskredit** über die Kreditanstalt für Wiederaufbau einzuräumen. Dieser ist in erträglichen Raten nach Wiederaufnahme der Arbeit und einem entsprechenden Einkommen zurückzuzahlen.
- Bei **Lernzeitkonten** ist zu prüfen, wie der Insolvenzschutz privatrechtlich organisiert werden kann. Lernzeiten müssen über mehrere Jahre angesammelt werden, um sie für Qualifizierung anzusparen. Dies fördert eine höhere Flexibilität der tariflichen und betrieblichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Nach dem „Cafeteria-Prinzip“ sollte es möglich sein, einen finanziellen Verteilungsspielraum betrieblich so zu organisieren, dass in der dezentralen Verantwortung liegt, ob dieser Spielraum in mehr Freizeit, in Bildungszeit, in Mitarbeiterbeteiligung oder in Einkommen fest vereinbart wird.

## **Das Lebenslange Lernen wird zur eigenständigen vierten Säule...**

... unseres Bildungssystems. Sie hat die gleiche Bedeutung wie die allgemeine Bildung und die Berufsausbildung. Lernen ist wie Rudern gegen den Strom. Wer aufhört, der treibt zurück. Wir fordern die Hochschulen auf, dass sie eigene Weiterbildungsprogramme auflegen, um die langfristige Bindung mit ihren Absolventen zu sichern. Dies schafft eine engere Bindung zwischen Hochschule und Arbeitswelt und kann zusätzliche Mittel für die Arbeit der Hochschulen mobilisieren. Unser Wohlstand und unser soziales Gefüge leben davon, dass wir kreative und engagierte Menschen heranbilden, die mit ihrem Bildungskapital unsere Wirtschaft antreiben.

Wir begrüßen die Einsetzung einer Bildungs- und Erziehungskommission unter Leitung von Bundesministerin Ursula von der Leyen. Darüber hinaus brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Deshalb ist ein Bildungsgipfel notwendig. Hierbei sind

- die Stärkung der Erziehungskraft der Eltern,
- ein garantierter Kindergartenplatz mit Vorschule,
- verlässlicher Unterricht in der allgemeinen Bildung,
- qualifizierte Universitäten,
- eine Stärkung der beruflichen Ausbildung in Kombination mit einem Konzept zum Lebenslangen Lernen

zu sehen.

Die Bildungsrendite verbessert sich durch die geplante längere Lebensarbeitszeit. Der Armutsbericht der alten Bundesregierung zeigt, dass das Armutsrisiko von 1998 bis 2004 von 12,1 auf 13,9 % gestiegen ist. Die Hauptursache liegt in der Arbeitslosigkeit, resultierend aus Bildungslosigkeit. Bildung ist die soziale Frage der Gegenwart.

Die Große Koalition hat sich zu einer Bildungsoffensive bekannt. Wer Arbeitsplätze dauerhaft schaffen will, der muss die Bildung fördern. Die Union wird sich daran messen lassen, ob sie ihre ehrgeizigen bildungspolitischen Ziele der Koalitionsvereinbarung erreicht. Bildung ist die beste Investition in eine gemeinsame wirtschaftliche und soziale Zukunft.